



Protokollauszug

aus der
29. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 05.04.2017

öffentlich

**Top 6.20 Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit ab 2018
17/SVV/0172
geändert beschlossen**

Der **Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion** empfiehlt, dem Antrag **zuzustimmen**.

Der **Hauptausschuss** empfiehlt, dem Antrag mit folgender Ergänzung **zuzustimmen**:

...

Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung im Januar 2018 vorzulegen.

Abstimmung:

Die vom **Hauptausschuss** empfohlene Ergänzung wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der so ergänzte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen einer neuen Gesamtbetrachtung zu prüfen, wie die Stadtteilarbeit in Potsdam angesichts der Herausforderungen der wachsenden Stadt über das Jahr 2017 hinaus auf hohem Niveau verstetigt werden kann. Die Prüfung soll stadtteilspezifische bestehende Strukturen betrachten, Bedarfe ermitteln, Handlungsempfehlungen aussprechen und entsprechende Aufwände bis Ende 2017 beziffern. Dabei ist insbesondere zu prüfen, wie der Wegfall der Förderung aus dem Programm Soziale Stadt kompensiert werden kann.

Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung im Januar 2018 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen.**



BESCHLUSS
der 29. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der
Landeshauptstadt Potsdam am 05.04.2017

Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit ab 2018
Vorlage: 17/SVV/0172

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen einer neuen Gesamtbetrachtung zu prüfen, wie die Stadtteilarbeit in Potsdam angesichts der Herausforderungen der wachsenden Stadt über das Jahr 2017 hinaus auf hohem Niveau verstetigt werden kann.

Die Prüfung soll stadtteilspezifische bestehende Strukturen betrachten, Bedarfe ermitteln, Handlungsempfehlungen aussprechen und entsprechende Aufwände bis Ende 2017 beziffern. Dabei ist insbesondere zu prüfen, wie der Wegfall der Förderung aus dem Programm Soziale Stadt kompensiert werden kann.

Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung im Januar 2018 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen.

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Originalbeschluss wird eine Seite beigelegt.

Potsdam, den 10. April 2017

Ziegenbein
Leiterin des Büros

Stempel